Stand: 02.07.2025 00:22:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7282

"Ein Europa mit starken Bürgerrechten und fairen Wettbewerb - kein Einknicken vor der Big-Tech-Oligarchie!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7282 vom 01.07.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 01.07.2025 **Drucksache** 19/**7282**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Sanne Kurz, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ein Europa mit starken Bürgerrechten und fairen Wettbewerb – kein Einknicken vor der Big-Tech-Oligarchie!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene, insbesondere gegenüber dem Kanzleramt und dem Präsidium der Europäischen Kommission, nachdrücklich dafür einzusetzen,

– dass es auf europäischer Ebene keine Sonderkonditionen für die US-amerikanischen Digitalkonzernen (die sogenannten VLOPs (Very Large Online-Platforms) bzw. Big-Tech „Gatekeeper“) gibt, die deren marktbeherrschende Stellung weiter zementieren oder ausweiten,

– dass die bestehenden europäischen Regulierungen wie der Digital Markets Act (DMA) und der Digital Services Act (DSA) umgehend konsequent umgesetzt und im nächsten Schritt zeitnah evaluiert und weiterentwickelt werden – und nicht durch neue, einseitige Gesprächsformate mit ausgewählten US-Techunternehmen unterlaufen werden,

– dass bei allen künftigen digitalen Regulierungsinitiativen die Wahrung der europäischen Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger Berücksichtigung findet sowie die Stärkung der europäischen digitalen Souveränität als Ziel verfolgt wird,

– dass endlich ein diskriminierungsfreies Wettbewerbsumfeld für europäische und insbesondere auch bayerische Medien- und Digitalunternehmen geschaffen und die Marktmacht der Digitalkonzerne wirkungsvoll reguliert wird.

Begründung:

Wie jüngst bekannt wurde, plant die Europäische Kommission laut Handelsblatt-Bericht („EU will es US-Tech-Konzernen plötzlich leichter machen“, 27. Juni 2025) die Einrichtung eines exklusiven Gremiums mit den größten US-Digitalkonzernen – darunter Google, Apple, Amazon, Meta und Microsoft – um über die Regulierung digitaler Plattformen in der EU zu beraten. Dies geschieht ohne gleichberechtigte Einbindung anderer betroffener Akteure, etwa aus der europäischen Medien-, Kultur- oder Digitalwirtschaft, der Zivilgesellschaft oder aus Verbraucher- und Grundrechtsperspektive. Hintergrund sind der vom US-Präsident angeleierte Handelskrieg und die daraus resultierenden, laufenden Gespräche mit der Regierung von Präsident Donald Trump. Eine Einigung soll bis zum 9. Juli 2025 erreicht werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bereits jetzt genießen die sogenannten VLOPs einen außerordentlich guten Zugang zu EU-Parlamentarier und Behörden, die über die Regulierung des Digitalmarkts Entscheidungen treffen. Die Konzerne gehören zu den weltweit profitabelsten Unternehmen, die ihre Lobbyarbeit in den letzten zehn Jahren um einiges erhöht haben, um die Welle der Regulierungsversuche zu konterkarieren. Die Policy-Büros dieser Unternehmen gehören zu den größten Lobby-Teams im EU-politischen Brüssel. Auch wenn der DMA sowie der DSA wichtige Meilensteine in der Plattformregulierung und progressiver Digitalpolitik darstellen, wurden sie an einigen Stellen deutlich abgeschwächt. Das ist der aggressiven Lobbyarbeit der Techkonzerne zu verdanken. Dadurch bleibt die Schlagkraft begrenzt, weil zum Beispiel die Konsequenzen einer Nichteinhaltung der Regulierung im DMA und DSA politischer Natur sind. Wie schon befürchtet, entscheidet sich nun die EU-Kommission dazu, aufgrund von geopolitischen Entwicklungen auf diese Durchgriffsmaßnahmen zu verzichten bzw. sie abzuschwächen.

Laut Presseberichten geht es erst mal um den DMA – nicht abwegig ist, dass es im nächsten Schritt auch die Umsetzung des DSA betrifft. Dabei brauchen wir jetzt nicht weniger stringente Plattformregulierung, sondern mehr! Es geht um nichts weniger als die demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft unserer digitalisierten EU-Gesellschaft. Es geht um einen Level Playing Field, fairen Wettbewerb, den Erhalt unserer heimischen EU-Digitalwirtschaft, insbesondere die Medienhäuser und digitalen Start-Ups, und die Wahrung unserer Pressefreiheit, sowie die Bekämpfung von Desinformation und Radikalisierung, einen effektiven Jugendmedienschutz, Schutz vor digitaler Gewalt, Schutz vor Diskriminierung sowie Verbraucherschutz.

Ein solches Vorgehen, wie aus Presseberichten zu entnehmen ist, untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit der europäischen Digitalpolitik und demokratischen Legitimation von EU-Gesetzgebung, sondern gefährdet auch das Ziel eines fairen und transparenten digitalen Binnenmarktes. Die Staatsregierung trägt Mitverantwortung dafür, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger Bayerns auch im digitalen Raum zu schützen – etwa in Bezug auf Datenschutz, Meinungsfreiheit und Medienvielfalt. Gleichzeitig muss sie sich auf europäischer Ebene für ein Level Playing Field einsetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Medienbranche sichert und die Innovationskraft kleinerer und mittelständischer Unternehmen nicht gegenüber den Tech-Giganten aus den USA systematisch benachteiligt. Die Europäische Union ist eine Regierungsebene, die Stimmen aus allen Regionen der Mitgliedstaaten hören muss, denn der Großteil der Auswirkungen spüren die Menschen vor Ort – und da sind die Staatsregierung sowie der Landtag viel näher dran. Als Hightech-Standort kommt dem Freistaat eine besondere Verantwortung zu, bei diesen kritischen politischen und regulatorischen Fragen unserer Zeit eine aktive Rolle einzunehmen und dabei ihrem Schutzauftrag gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern gerecht zu werden. Die Forderung nach einer Digitalabgabe zum Wohle der heimischen Medienbranche von Seiten der Staatsregierung bei zeitgleichem Nichts-Tun im Schatten dieser Entwicklungen ist Augenwischerei.

Einseitige privilegierte Dialogformate mit den marktmächtigsten Plattformunternehmen widersprechen diesem Ziel und sind demokratiepolitisch höchst bedenklich. Die EU-Regulierung darf nicht zu einem Projekt „mit den Konzernen für die Konzerne“ werden – sondern muss im Interesse der Allgemeinheit, der Medienvielfalt und eines freien digitalen Wettbewerbs weiterentwickelt werden. Bei allem Verständnis für die schwierige geopolitische Lage und die Komplexität der laufenden Gespräche mit der aktuellen Regierung der USA, muss vor allem jetzt mit Klarheit und Standhaftigkeit das geschützt werden, was Europa stark macht. Die Plattform-Regulierung der EU gehört zu den weltweit wichtigsten digitalregulatorischen Grundlagen. Diese sind nicht nur von hoher Bedeutung für alle EU-Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, sondern dienen auch als Vorbild für andere Nationen, die ähnliche Herausforderungen stemmen müssen. Die effektive Regulierung von mächtigen Tech-Konzernen gehört zu den wichtigsten politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Hier müssen die Europäische Union, Deutschland und Bayern dafür sorgen, dass die undemokratische und schädliche Machtkonzentration auf wenige, ausländische Privatunternehmen endlich aufgebrochen wird.